Polen-Pressespiegel 15/2020 vom 09.04.2020

Caracas in Warschau

Quelle: wiadomo.co

Im Schatten des Coronavirus errichtet Kaczyński eine venezolanische Parodie auf Putins „souveräne Demokratie“, schreibt Cezary Michalski.

Jarosław Kaczyński hat Polen in den mehr als vier Jahren seiner ungeteilten Herrschaft nicht auf diese Krise vorbereitet. Er hat Polen auf überhaupt keine Krise vorbereitet, denn während dieser ganzen Zeit ging es ihm nur darum, seine persönliche Macht und die seiner Partei zu stärken. Ohne jeglichen Gedanken an die Zukunft des polnischen Staates und der polnischen Gemeinschaft. Die Zuweisung aller Reserven und Ressourcen des seit 30 Jahren aufgebauten Staates an die politische Korruption im Interesse der PiS. Die Zerstörung der Institutionen, Gesetze und Normen, die seit 30 Jahren zur Stabilisierung der polnischen Demokratie aufgebaut wurden. Die Durchführung einer völligen Ad-Hoc-Politik, die nicht auf die Zukunft ausgerichtet ist. Die Coronavirus-Epidemie hat alle Mängel des Regierungsmodells aufgedeckt, das Jarosław Kaczyński seit vier Jahren umsetzt.

Allein dank der Manipulation an der Ausgabenregel (die eine Überschuldung des Staates erschwert) haben die PiS-Regierungen seit 2015 70 Milliarden Złoty verschwendet. Dieses Geld würde den polnischen Arbeitnehmern und Unternehmern heute mit realem Geld helfen, statt mit dem leeren Złoty, den die Polnische Nationalbank bereits zu produzieren begonnen hat (angefangen mit einer massiven Rückzahlung von Staatsanleihen der „re-polonisierten Banken“, die nun Milliarden von neuen Schulden des polnischen Staates finanzieren sollen, die, wie einst Giereks Schulden, unsere Kinder ein halbes Leben lang abbezahlen werden). Selbst die heute schon spürbare Verlangsamung der polnischen Wirtschaft begann bereits vor dem Ausbruch der Coronavirus-Epidemie.

Der PiS-Staat ist als Folge einer unverantwortlichen Haushaltspolitik allein aufgrund der kreativen Buchführung von Mateusz Morawiecki ohne finanzielle Rücklagen in diesen Abschwung eingetreten. Der angeblich „ausgeglichene Haushalt“ des Premierministers für das Jahr 2020 hatte in Wirklichkeit ein verstecktes Defizit (das zur Finanzierung weiterer „Geschenke“ benötigt wurde, um Andrzej Dudas zweite Amtszeit zu garantieren), das über 2% des BIP betrug. Es wurde teilweise durch einmalige Einnahmen aus dem Haushalt gedeckt, wie die Liquidation der offenen Pensionsfonds (die nun wegen der Epidemie verschoben wurde), den krisenbedingten Verkauf von CO2-Emissionsrechten (die Regierung Morawiecki stellte das Geld zur Verfügung, um das Haushaltsloch zu flicken, obwohl dies die „grüne Modernisierung“ des polnischen Energiesektors und der gesamten Wirtschaft finanzieren sollte) und schließlich durch die offene Beraubung der Kommunen, die vom Staat nicht alle Mittel erhielten, die sie zur Erfüllung der ihnen vom Staat übertragenen Aufgaben (Bildung, Investitionen, auch im Bereich der Gesundheitsversorgung) benötigten.

Vier Jahre lang seiner Regierungszeit hat Kaczyński die Europäische Union nicht als Institution gestärkt, die Polen in Krisenzeiten mehr wirtschaftliche und geopolitische Sicherheit bietet, sondern sich all denen angeschlossen, die sie zerstören - Putin, AfD, Die Linke, Salvini, Vox und schließlich Trump. Und auch heute, im Kampf der Staaten und Institutionen der Europäischen Union gegen das Coronavirus, sieht Kaczyński nur eine weitere Chance - die Schwächung der Kontrolle und des normativen Einflusses der Union, die Entfesselung seiner Hände beim Aufbau einer Tyrannei in Polen. Vier Jahre seiner Herrschaft hat Kaczynski, auch um möglichen Krisen und Bedrohungen besser begegnen zu können, die nationale Gemeinschaft nicht aufgebaut und gestärkt, sondern bewusst, gezielt und zynisch durch einen immer radikaleren Konflikt und einen verstaatlichten Hass in „seine“ und „fremde“, „bessere und schlechtere“ geteilt. Anstatt die staatlichen Institutionen zu stärken, konzentrierte er sich darauf, sie zu übernehmen, und schwächte, desorganisierte und zerstörte diejenigen, die er nicht übernehmen konnte (wie etwa kommunale Regierungen, die Gerichte oder einen Teil des Bildungswesens). (…) Seine Priorität bis zum letzten Moment vor Ausbruch der Krise war nicht die Stärkung des polnischen Bildungs- oder Gesundheitswesens, da er Lehrer und Ärzte als „Pseudo-Eliten“ betrachtete und nicht daran glaubte, dass diese gesellschaftlichen Gruppen jemals die PiS unterstützen würden.

Die Epidemie als zynische Gelegenheit

Jetzt hat Kaczynski jedoch beschlossen, seine politische Belohnung abzuholen und die Krise zu nutzen. Mit dem Coronavirus als Verbündeten beschleunigte er den Aufbau dessen, was er als eine Kopie von Putins „souveräner Demokratie“ ansieht, die in Wirklichkeit nur eine venezolanische Parodie des Putinismus ist. Die nächsten Schritte auf dem Weg zur Annäherung der PiS-Standards an die von Russland und Venezuela sind die Produktion eines fiktiven Präsidentschaftskandidaten Marek Jakubiak (mit Unterstützung der von den Strukturen der PiS gesammelten Unterschriften). Damit soll der mögliche Rückzug aller Oppositionskandidaten aus den Präsidentschaftswahlen am 10. Mai gelähmt werden, der diese nach absolut undemokratischen Standards durchgeführten Wahlen verhindern könnte. Die Änderung des Wahlgesetzes etwas mehr als einen Monat vor den Wahlen (in Polen gilt immer noch ein Urteil des Verfassungsgerichts, das vor solchen Änderungen weniger als sechs Monate vor Wahlen schützt), die Einführung der Briefwahl für unter Quarantäne gestellte und ältere Menschen als Alibi für die Präsidentschaftswahlen, die durch die PiS auf dem Höhepunkt der Coronavirus-Epidemie abgehalten werden sollen. In einer Situation, in der nur Andrzej Duda eine Kampagne vor Ort unter Beteiligung der staatlichen Medien durchführen kann, während die Aktionen anderer Kandidaten gelähmt sind. Da die Vorschriften zur Bekämpfung der Epidemie Manifestationen gegen diese Veränderungen unmöglich machen, fühlt sich Kaczyński völlig straffrei.

(…)

Die Bauernpartei PSL und die Lewica (Linke) konzentrieren sich nicht auf den Kampf gegen die PiS, sondern auf den Angriff auf die Bürgerplattform PO und die Bürgerkoalition KO. Wahrscheinlich hofft man, dass man von der Demontage der Wählerschaft des Zentrums ein wenig profitieren kann, und passt dann ins PiS-Polen als neue „Verbündete“. Während Czarzasty (Lewica) und Kosiniak-Kamysz (PSL) dies zumindest auf zynische Weise tun und jederzeit für einen Deal mit der PO bereit sind, greift Zandberg wie

üblich die Plattform und Małgorzata Kidawa-Błońska mit echter Unversöhnlichkeit an. Er zieht tatsächlich einen Populismus vor, selbst den rechten Populismus betrachtet er als einen geringeren Feind als die „Liberalen“. Und wenn er so denkt, machen auch seine Anhänger in den Mainstream-Medien Lärm, um ihn in dieser Politik zu unterstützen oder wenigstens die Wähler der Mitte zu verwirren. Nun, ich sehe es also nicht sehr lustig, ob im Schatten des Coronavirus oder auch nicht, mehr oder weniger charismatische Oppositionsführer und ihre Kandidaten unterstützend, muss man diesen Kampf aufnehmen. Schon deshalb, weil Kaczyński, der glaubt, er baue ein Polen nach Putin Art auf, tatsächlich ein venezolanisches Polen errichtet. Es basiert darauf, immer wertloseres Geld zu verschenken und eine Machtelite aufzubauen, die mit immer brutaleren Werkzeugen der Kontrolle, der Verderbtheit, des Bruchs der sozialen Solidarität und des Widerstands ausgestattet ist. Maduro in Venezuela hat immer noch seine Version der „harten Wählerschaft“ der PiS, die ihn, mit Schlagstöcken und Gewehren ausgerüstet, in einem völlig bankrotten und zerstörten Land an der Macht hält. Sie sehen also, dass es für uns und unsere Kinder schwierig sein wird, aus einem solchen venezolanischen Polen wieder herauszukommen, wenn es erst einmal etabliert ist. Deshalb müssen wir heute wirklich alles tun (in Zusammenarbeit mit unseren „Experten“, d.h. den Politikern und Führern der parlamentarischen Opposition), um es Kaczyński unmöglich oder wenigstens schwierig zu machen, schon nicht mehr ein Budapest, sondern ein Caracas in Warschau zu errichten. Und es tut mir so verdammt leid, dass meine Generation (geboren in den 60er Jahren, ausgestattet mit der Hoffnung des „Karnevals“ der ersten „Solidarność“, abgehärtet durch das Kriegsrecht, wieder ausgestattet mit Hoffnung in den 90er Jahren und auch 2004, als wir der Union beitraten) auf diese Weise in die traurige Realität des späten kommunistischen Polens zurückkehrt. Aber es ist zu erkennen, dass es uns nicht gegeben war, Fukuyamas Paradies einer stabilen liberalen Demokratie zu konsumieren. Wir kamen in einem ruinierten Land auf die Welt, bestimmt für den Kampf. Und kämpfend werden wir diese Welt wieder verlassen.

Zsfg.: AV

https://wiadomo.co/cezary-michalski-caracas-w-warszawie/?fbclid=IwAR1Osvc2zYELLTgGEQvt50fbV106YK9tkv0g6EzU3fXHVjJarSVLKDxS2aE

69% Unternehmen planen bereits Entlassungen. Das Regierungspaket ist eine Fiktion für Propagandazwecke

Quelle: oko.press

Wenn andere Länder sich verschulden, um die Wirtschaft zu retten, bietet die polnische Regierung einen spärlichen und erfolglosen Plan an. Gewerkschafter und Unternehmer schlagen Lösungen vor, aber die Regierung will nicht zu viel ausgeben. Warum? Weil sie die Wahl verschieben müsste. „Es ist eine Gefährdung der Bürger im Namen kurzsichtiger politischer Berechnungen“, sagt Anna Karaszewska, Managerin und Präsidentin des Frauenkongresses.
Die Polnische Konföderation privater Arbeitgeber „Lewiatan“ gab besorgniserregende Daten bekannt. Von 800 Unternehmen, die nach den Auswirkungen der Pandemie und der Situation der Mitarbeiter gefragt wurden:

- 55% antwortete, dass er bereits heute unter den Auswirkungen einer Pandemie leide
- 69% plant den Abbau von Arbeitsplätzen
- 47% kann maximal 3 Wochen auf staatliche Beihilfen warten und wird dann mit Entlassungen beginnen

Und das Anti-Krisen-Paket der Regierung? Laut Anna Karaszewska handelt es sich um eine Propaganda-Fiktion, die den Bedürfnissen überhaupt nicht entspricht. Das Vermeiden wirklicher Maßnahmen hat ein politisches Ziel: die Wahlen im Mai. Die Folgen für die Wirtschaft können katastrophal sein.
- Die Coronavirus-Epidemie hält an, und immer mehr Länder - einschließlich Polen - führen immer strengere Ausgangssperren ein. Neben der wachsenden Kurve der Erkrankungen und dem Mangel an

Ausrüstung in Krankenhäusern haben wir ein weiteres brennendes Problem - wirtschaftliche Konsequenzen. Was erwartet uns?
- Heute ist es schwierig, Prognosen zu erstellen, aber wir können über Szenarien sprechen. Pandemie und Ausgangssperren werden eine große Krise verursachen, wahrscheinlich die größte seit der Wende. Wie sich die Situation entwickelt, hängt jedoch davon ab, wie der Staat reagiert und welche Unterstützung er der Wirtschaft geben wird.
- Morgen wird das Parlament ein staatliches Abhilfeprojekt in Betracht ziehen - das sogenannte Anti-Krisen-Schild. Wird es uns retten?
- Wir kennen das ganze Projekt noch nicht, aber nach dem, was die Regierung und Ministerin Emilewicz bereits angekündigt haben, ist das Paket, um es mild auszudrucken, unzureichend. Mit dieser Hilfe haben wir keine Chance. Eine tiefe Krise erwartet uns. Selbst wenn der Regierung die Ideen fehlen würde, sind die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände der Aufgabe gewachsen. Sie arbeiten ohne Unterbrechung in ständigem Kontakt mit Angestellten und Unternehmern. Sie erarbeiten Lösungen und Vorschläge und versuchen, mit ihnen zur Regierung zu gelangen. Auf ihre Bitte hin fand die Montagsitzung des Rates für den sozialen Dialog statt, die die Regierung während der Krise eingefroren hatte. Die Konföderation privater Arbeitgeber „Lewiatan“ sandte über 100 Seiten mit Vorschlägen und Kommentaren an die Ministerin Emilewicz.

- Dieser Mangel an angemessenen staatlichen Maßnahmen ist nicht auf ein Missverständnis oder mangelnde Kompetenz zurückzuführen.
- Worauf denn?
- Auf eine kalkulierte politische Strategie.
- Wieso?
- Dieser Vorschlag ist reine Propaganda. Wenn wir die Details analysieren, kann man sehen, dass die

Unterstützung nur scheinbar und für die Bedürfnisse völlig unangemessen ist. Die Regierung will die wirtschaftlichen Folgen nicht minimieren. Vergleichen Sie einfach Pakete in anderen Ländern, es ist eine echte Kluft. Und es geht nicht darum, dass sich andere Länder mehr leisten können - die deutsche Bundesregierung hat angekündigt, Schulden in Höhe von 356 Milliarden Euro zur Finanzierung von Hilfsmechanismen aufzunehmen. Alle sind sich einig, dass in Zeiten schwerer Krisen alles getan werden muss, damit die Wirtschaft nicht vollständig zum Stillstand kommt, da ein Neustart sehr langwierig und teuer ist. Viele Krisen ab den 1930er Jahren zeigen, dass diejenigen, die nicht rechtzeitig reagierten, in eine tiefe Rezession gerieten. Länder, die geeignete Hilfsinstrumente einführten, kamen schneller heraus. Der Markt wird nicht alleine zurechtkommen. Wenn westliche Länder, die verantwortungsbewusst und angemessen auf die Situation reagieren, das Defizit erhöhen, verfügt unsere Regierung über 212 Mrd. Zloty. Schauen Sie sich das alles an, um zu sehen, dass es reine Propaganda ist. Von diesen 212 Mrd. Zloty sollen 70 Mrd. Zloty aus dem Staatshaushalt stammen. Der Rest wird von verschiedenen Institutionen finanziert, darunter von der Bank Gospodarstwa Krajowego und von dem polnischen Entwicklungsfonds. 70 Mrd. Zloty werden von der polnischen Nationalbank zur Unterstützung des Finanzsektors, d. h. der Banken, bereitgestellt. Laut der Regierung soll dies sie ermutigen, billige Kredite anzubieten. Ich vermute jedoch, dass die Banken mehr daran interessiert sein werden, Staatsanleihen zu kaufen, um sich abzusichern, als Kredite zu vergeben.

- Es gibt also keine Garantie dafür, dass dieses Geld spürbare Auswirkungen auf die Situation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat.
- Nein, die Regierung fördert nur die Gewährung von Krediten, gibt 70 Milliarden dafür aus, ignoriert jedoch das Problem der Senkung der Banksteuer beim Start der Kreditvergabe, sodass die Banken keinen Anreiz haben, solche billigen Kredite anzubieten. Obwohl die Regierung die Garantien erhöht, kündigt sie an, dass die Bank Gospodarstwa Krajowego für den Fall, dass der Unternehmer das Darlehen nicht zurückzahlen konnte, die minimale Hilfe von 60 auf 80 Prozent erhöhen wird.
- Es ist jedoch nicht bekannt, wer solche Darlehen beantragen würde. Bei revolvierenden Krediten, d. h. einer, die zur Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs verwendet werden kann, gelten weiterhin

bestimmte Kriterien. Die Bank ist keine Wohltätigkeitsorganisation, sie möchte sicher sein, dass sie das Geld zurückbekommt, wenn die Einnahmen des Unternehmens gefährdet sind. Es ist schwierig, einen Kredit zu bekommen. Eine weitere Propaganda-Floskel ohne echte Wirkung ist die Senkung der Zinssätze um 50 Basispunkte. In der Krise von 2008 hat uns dieser Schritt geholfen, die polnischen Exporte wieder anzukurbeln. Der Zloty war schwach, daher waren unsere Produkte auf ausländischen Märkten billiger und wettbewerbsfähiger. Und jetzt hat sich die Krise auf der ganzen Welt ausgebreitet, Exporte können uns nicht helfen. Das Argument, dass die Gebühren für das Darlehen niedriger sein werden, ist ebenfalls nicht gültig, da die Banken selbst vorgeschlagen haben, die Rückzahlung von Darlehen für mehrere Monate auszusetzen. Ein solcher Schritt ist viel wichtiger als die Zinssenkung der Regierung. Natürlich kündigte die Regierung die Aussetzung der von den Banken angebotenen Rückzahlung als Erfolg an. Die Regierung will 73,2 Mrd. Zloty für die Finanzspritze für die Unternehmen bereitstellen. In diesem Jahr werden voraussichtlich 4,3 Mrd. Zloty ausgegeben, im Jahr 2021 0,6 Mrd. Zloty. Die verbleibenden 68,2 Milliarden sind Garantien für den Finanzsektor, 6 Milliarden sollen von Arbeitgebern, die am Programm zur Beibehaltung von Arbeitsplätzen teilnehmen, zum Schutzschild hinzugefügt werden. Ein weiteres Element von 212 Milliarden sind 30 Milliarden, die für öffentliche Infrastrukturinvestitionen bereitgestellt werden. Es hört sich gut an, aber es ist unklar, worum es sich handelt. Dies ist eine Fiktion, da nicht bekannt ist, wer in der Krisensituation diese Investitionen umsetzen soll und was sie betreffen würden. Wir haben also 70 Milliarden für Banken aus der polnischen Nationalbank NBP, 73 Milliarden für Finanzierungsunternehmen und 30 Milliarden für öffentliche Investitionen. Wir haben noch 37,8 Mrd. Zloty von 212 Mrd. Zloty übrig, die die Regierung für die Bekämpfung von COVID-19 ausgeben möchte. Innerhalb dieses Betrags sollen 7,5 Mrd. Zloty für die Gesundheitsversorgung verwendet werden, hauptsächlich für Schutzmaßnahmen. Den Rest, rund 30 Milliarden, um Unternehmer zu unterstützen. Das sind kaum 2 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Dies sind minimale Maßnahmen, die mit dem Ausmaß des Problems völlig unvereinbar sind. Wenn wir uns die Berechnungen der Regierung bezüglich der Lohnsubventionen bei Kurzarbeit und der Beihilfen bei Arbeitsmangel ansehen und davon ausgehen, dass die Hälfte der berechtigten Arbeitnehmer drei Monate lang davon profitieren wird, ergibt sich daraus, dass bei Ausfallzeiten maximal 87 Tausend Arbeitnehmer von der Beihilfe profitieren werden, bei Kurzarbeit etwa 50 Tausend. Das ist dramatisch niedrig. Nach Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftlern kann diese Hilfe 2 - 3% der Beschäftigten erreichen. Aber die Bedürfnisse werden viel größer sein. Wenn die Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen würde, müsste sie die Staatsverschuldung erhöhen, genau wie andere Länder. Und das nicht um 2 bis 3 Prozent, sondern sogar um ein Dutzend Prozent vom BIP. Das Gesetz über öffentliche Finanzen blockiert jedoch die Schuldenaufnahme über einem bestimmten Schwellenwert. Um diese Regel zu brechen, müsste die Regierung auf die Bestimmung des Gesetzes über schwierige Bedingungen verweisen. Nämlich einen Naturkatastrophen- oder Ausnahmezustand erklären. Und das bedeutet, die Wahlen zu verschieben. Deshalb bietet die Regierung Scheinlösungen an und keine wirkliche Hilfe. Sie berechnet, wie viel sie tun muss, nur um nichts zu tun, was das Risiko einer Verschiebung der Wahlen bedeuten würde. Menschen, die dieses Paket vorschlagen, müssen sich dessen bewusst sein, und dennoch stellen sie das politische Ziel über die Verantwortung für die Wirtschaft und für die Bürger. Zunächst kommen kleine Unternehmen zum Stillstand und das ist 90 Prozent unserer Wirtschaft. Bald wird die Krise ausnahmslos alle betreffen.

Zsfg.: MB

https://oko.press/69-proc-firm-juz-planuje-zwolnienia-rzadowy-pakiet-to-propagandowa-fikcja-rozmowa/

onet.pl

Das Große Orchester der Weihnachtshilfe (WOŚP) kaufte Ausrüstung in China, das Verteidigungsministerium sollte sie transportieren. Es wurden überraschende Anforderungen gestellt

Quelle: se.pl

Um das Coronavirus zu bekämpfen, kaufte WOŚP in China 50.000 biologische Schutzpakete. Sie sollen in polnische Krankenhäuser gebracht werden. Die Stiftung bat das Verteidigungsministerium, sie zu transportieren. Alles war vorbereitet, als Beamte der Kanzlei des Premierministers sich in den gesamten Fall einmischten, „überraschende Anforderungen“ stellten - wie Jurek Owsiak sagt - und alles abgesagt wurde. Die Regierung wollte die Ausrüstung übernehmen und der WOŚP ihren Einfluss auf ihre Verteilung entziehen.

- Die WOŚP-Stiftung wollte die Kosten für den Transport von Schutzmaßnahmen aus China senken und wandte sich an das Verteidigungsministerium. Das Resort stimmte zuerst zu, aber der geplante Flugtransport findet nicht statt
- „Ich habe Owsiak persönlich angerufen, um zu erfahren, welche Hilfe sie benötigen und welche Erwartungen sie haben. Die WOŚP-Stiftung sollte darüber nachdenken“, sagte Michał Dworczyk, Leiter des Büros des Premierministers

- Es ging um die Art und Weise, wie die Ausrüstung verteilt werden sollte. „Die Kanzlei des Premierministers hat entschieden, dass der Staat zwar beim Transport helfen wird, diese Ausrüstung dann aber „übernimmt“ und die Regierung ohne Beteiligung der Stiftung entscheidet, wann und wohin sie geht. Darüber können wir uns nicht einigen“, sagt Krzysztof Dobies, ein Sprecher von WOŚP

Die Stiftung will polnische Krankenhäuser nachrüsten, in denen es an Ausrüstung mangelt. Für insgesamt fast 24 Mio. Zloty wurden Intensivbetten, Laboranalysator, EKG-Monitoren sowie 50.000 individuelle biologische Schutzpakete (IPOB) gekauft. Jedes enthält einen Schutzanzug mit Schuhen, eine Panoramabrille, zwei Paar Handschuhe, eine Maske mit Schutzeigenschaften und eine Tasche für medizinischen Abfall.

Der letzte Kauf wurde bereits abgeschlossen. Das Problem ist, dass sich diese Schutz-Kits in China befinden. Laut Jurek Owsiak meldete sich seine Stiftung vor einer Woche beim Verteidigungsministerium mit der Bitte, sie innerhalb der NATO-SALIS-Limit von China nach Warschau zu transportieren.

„Wir wollten, dass der Flugtransport so schnell wie möglich stattfindet, ohne zusätzliche Transportkosten zu verursachen. Das Verteidigungsministerium reagierte zunächst positiv, wir erhielten das Abreisedatum aus China zwischen den 7. und 9. April. Es schien, dass die ganze Angelegenheit von anderen Menschen sehr effizient aufgegriffen wurde, vom Direktor des Verteidigungsministeriums über die für die Logistik zuständigen Beamten“, schrieb Jurek Owsiak heute auf Facebook.

„Alles war vorbereitet, das gesamte Paket der bestellten Waren sollte zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort erscheinen, bis plötzlich die Beamten der Kanzlei des Premierministers sich in die ganze Angelegenheit einmischten. Wir wurden mit überraschenden Anforderungen konfrontiert und kurz gesagt, in acht Minuten lag der gesamte Plan zur Nutzung des Transports des Ministeriums für Nationale Verteidigung in Trümmern, alles wurde abgesagt“, berichtet der Leiter der WOŚP-Stiftung.

Die Stiftung hat daher mehrere kommerzielle Betreiber mit der polnischen LOT an der Spitze kontaktiert und wartet auf genaue Bewertungen. Es ist bereits bekannt, dass WOŚP zusätzlich mehrere Flüge bestellen möchte, da es definitiv weitere Einkäufe von persönlichem Schutzmaterial und medizinischer Ausrüstung tätigen wird. Der Leiter von WOŚP befürchtet jedoch, dass diese wenigen Tage, in denen keine endgültige Entscheidung getroffen wurde, innerhalb von SALIS zu fliegen, die Fristen der Lieferanten von bestellten Materialien am 7., 8. und 9. April überschreiten werden.

„Wir werden mit Telefonaten aus Krankenhäusern bombardiert, die sich nicht im System befinden, und enorme Schwierigkeiten bei der täglichen Bereitstellung von Schutzgütern für Ärzte und medizinisches Personal haben. Gegenwärtig erhalten wir die meisten Anfragen von Entbindungsstationen, auf denen täglich Geburten stattfinden. Einige der Krankenhäuser haben buchstäblich keine Vorräte an Schutzmaterialien. Sobald der Transport der von der Stiftung gekauften medizinischen Geräte (einschließlich 50.000 persönlicher Schutzpakete) nach Warschau geliefert wird, wird WOŚP diese Niederlassungen zuerst unterstützen“, erklärt Jurek Owsiak.

Wir haben das Verteidigungsministerium gefragt, was schiefgelaufen ist. „Das Verteidigungsministerium hat sich bereit erklärt, medizinische Geräte aus China zu transportieren. Die Bedingungen für die Durchführung des gesamten Projekts wurden von der Kanzlei des Premierministers festgelegt“, lesen wir als Antwort.

„Ich habe Owsiak persönlich angerufen, um zu erfahren, welche Hilfe sie benötigen und welche Erwartungen sie haben. Ich fragte auch nach den Bedingungen. Wenn es staatliche Transportmittel gibt, kann er sich auf den kostenlosen Transport der Ware aus China verlassen. Wenn Organisationen melden, dass die Mittel dem Gesundheitsministerium zur Verfügung stehen, können sie auch auf den kostenlosen Frachttransport zählen. Alle anderen Unternehmen können die Dienste von der Fluggesellschaft LOT oder einem anderen Anbieter in Anspruch nehmen. Die WOŚP-Stiftung sollte darüber nachdenken, weshalb ich seinen (Jurek Owsiak - ed.) Post mit großer Überraschung zur Kenntnis genommen habe“, sagte Dworczyk in den Polsat News.

Er sagte jedoch nichts über die „überraschenden Anforderungen“, die der Leiter von WOŚP erwähnte. Wir beschlossen, Krzysztof Dobies, den Sprecher der Stiftung, zu fragen. „WOŚP kaufte Geräte, die wir von China nach Polen transportieren müssen, für öffentliches Geld und wollte sie dann in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium an die Krankenhäuser verteilen, die sie am dringendsten benötigen. Die Kanzlei des Premierministers hat entschieden, dass der Staat zwar beim Transport helfen wird, diese Ausrüstung dann aber ‚übernimmt‘ und die Regierung ohne Beteiligung der Stiftung entscheidet, wohin und wann sie geht. Darüber können wir uns nicht einigen“, sagt Krzysztof Dobies, Sprecher von WOŚP.

„Wir wollen darauf Einfluss haben, wohin unsere Geschenke gehen, denn das erwarten unsere Spender, einschließlich derer, die jetzt zu unserem Interventionsfonds beitragen. Wir müssen auch die relevanten Dokumente mit den Empfängern unterschreiben und dann formell alles abrechnen. So sieht die Situation heute aus: Wir können uns nicht auf die Hilfe der Regierung beim Transport verlassen. Natürlich wird unsere gesamte Bestellung nach Polen gehen, aber es wird etwas später, als geplant geschehen und mehr kosten. Es ist schade“, sagt der WOŚP -Sprecher. „Wir sind immer noch sehr offen für eine Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium, und es wäre sicherlich möglich, schnell zu bestimmen, welche Krankenhäuser diese Ausrüstung erhalten werden. Zum Beispiel möchten wir, dass ein Teil davon auf Entbindungsstationen geschickt wird, da in ganz Polen jeden Tag Geburten stattfinden und wir wissen, dass diese Abteilungen große Mängel bei der Schutzausrüstung aufweisen“, fügt er hinzu.

„Das Element der gesellschaftlichen Kontrolle ist uns ebenfalls wichtig. Wir haben Ausrüstung für das Geld der Polen gekauft und müssen uns für jeden bestellten Artikel den Polen gegenüber erklären. Sicher werden wir detailliert darüber informieren, welches Krankenhaus und was sie bekommen haben, wie wir es seit 28 Jahren tun“, betont Dobies.

Zsfg.: MB

https://wiadomosci.onet.pl/kraj/koronawirus-wosp-kupila-sprzet-mon-mial-go-przewiezc-owsiak-zaskakujace-wymagania/e2rrcbg?fbclid=IwAR2rzGVpOk3Z_TV5CsV6Ubkm4W_VyaRsKqBgijxLhuno3DbqjfLwmo2j9II

Ein Priester auf TV-Trwam argumentierte, dass Hände eines Priesters geweiht sind und nicht mit dem Coronavirus infizieren können

Quelle: gazeta.pl

In einer der Sendungen auf TV-Trwam versuchte ein Priester, die Zuschauer davon zu überzeugen, dass es unmöglich ist, sich während einer Messe oder während der Mundkommunion mit dem Coronavirus zu infizieren. Dem Priester zufolge „hat der Priester geweihte Hände“ und sowohl im wörtlichen als auch im übernatürlichen Sinne „sind seine Hände sauber“.

Der Priester Prof. Tadeusz Guz [Katholische Universität Lublin] war Gast der Sendung „Rozmowy niedokończone“ im TV-Trwam. In dem katholischen Sender argumentierte er, dass der Besuch einer Messe während der Coronavirus-Epidemie keine Bedrohung für die Gläubigen darstelle. Das Gespräch wurde am Mittwoch, dem 25. März, dem ersten Tag der neuen Verordnung des Gesundheitsministers, ausgestrahlt. „Wir begrenzen die Anzahl der Personen, die an liturgischen Riten teilnehmen, auf 5, ohne diejenigen, die diese Riten durchführen, und Personen, die an einer Beerdigung teilnehmen, z. B. Personen, die in Bestattungsinstituten beschäftigt sind“, teilte [der Gesundheitsminister] Łukasz Szumowski auf einer Pressekonferenz mit. Zuvor konnten maximal 50 Personen an solchen Ritualen teilnehmen.

Der Priester sprach auf TV-Trwam über die Sauberkeit der Hände der Priester: „Während einer Abendmahlsversammlung, also beim Gebet, verbreitet Gott keine Viren. Gott ist heilig: Seine Existenz ist heilig, sowohl in Bezug auf seine Göttlichkeit als auch in Bezug auf die Menschlichkeit. Einige befürchteten, dass ein Priester, der eine Messe konzelebriert und eine Mundkommunion gibt, infizieren könnte. Erstens sind die Hände des Priesters geweiht, und zweitens hat der Priester als einzige Person in der liturgischen Versammlung seine Hände in Lavabo gewaschen, also wenn er Gott das Opfer anbietet.“, sagte Prof. Tadeusz Guz. Der Priester bezog sich auf den Händewaschung-Ritus, der während der Messe von dem

Zelebranten durchgeführt wird. Für die Lavabo-Zeremonie werden eine Schüssel und ein Krug Wasser verwendet. Die Hände des Priesters waschen normalerweise die Ministranten, indem sie Wasser auf sie gießen. Dann werden die Hände mit einem Leinentuch abgetrocknet. Handwäsche soll ein Zeichen der Sündenfreiheit sein. Obwohl während des Ritus keine Seife verwendet wird, handelt es sich laut dem Priester um eine Handwäsche gemäß den Empfehlungen der polnischen Sanitärversorgung.

„Der Priester hat nicht nur seine Hände in dem Sinne gewaschen, wie es der Gesundheitsminister erwartet, sondern er hat auch seine Hände in einem übernatürlichen Sinne gewaschen. Daher bedroht die Verteilung der Kommunion keinen einzigen Polen mit der Verbreitung von Viren, da dies eine heilige Handlung ist. Die Messe ist eine heilige Handlung, es ist kein Ort, kein Raum und keine Zeit, in der Viren verbreitet werden, sondern nur Gottes Kommen. Wenn Polen reich an Gott ist, wird es sich auch gegen dieses tödliche Virus durchsetzen“, fuhr der Priester fort.

Die polnische Bischofskonferenz erließ im Zusammenhang mit Regierungsverordnungen, die während der Coronavirus-Epidemie erlassen wurden, den Gläubigen eine Befreiung von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Messe. Die Polnische Bischofskonferenz betont jedoch, dass es zwar ratsam ist, die Kommunion in die Hand zu geben, die Gläubigen, die sie in den Mund empfangen möchten, jedoch nicht dazu gezwungen werden können. Die Bischöfe beschlossen auch, die Feier des bevorstehenden Osterfestes zu ändern.

Zsfg.: JP

https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,173952,25830121,ksiadz-w-tv-trwam-przekonuje-ze-kaplani-maja-konsekrowane.html?fbclid=IwAR3Yehj1ewFm-iXdIqbPXwKzx15CBia3u_Nlysu82wtmVG_3MjaRLqejXZQ

Der Senat kann die Briefwahl blockieren [eine Analyse]

Quelle: gazetagazeta.com

Die Einführung der Briefwahl für alle Wähler durch PiS ist unrealistisch. Laut *Onet* beabsichtigt die Opposition, die Arbeit an diesem Projekt im Senat maximal zu verzögern. Dies bedeutet, dass die PiS möglicherweise nicht genügend Zeit haben wird, um die Abstimmungsregeln vor den Präsidentschaftswahlen am 10. Mai zu ändern.

- Das Projekt der Briefwahl wurde am Dienstag im Sejm unerwartet eingereicht
- Die grundlegende Frage ist, ob die PiS wirklich eine Briefwahl für alle Polen einführen möchte?
- Es kann nur ein Trick sein, um die Opposition zu beschuldigen, die Briefwahl blockiert zu haben und die Polen bei Besuchen in Wahllokalen einer Infektion auszusetzen
- Die Wahlen im Mai werden nicht nur von der Opposition, sondern auch von Koalitionspartnern aus der Partei von Jaroslaw Gowin abgelehnt
- Was die PiS am meisten interessiert, ist bereits in Kraft getreten. Es geht um die Briefwahl für ältere Menschen, unter denen das Regierungslager eine Menge Anhänger hat

Bereits am Freitag kann die PiS ein Gesetz im Sejm verabschieden, das die Briefwahl für alle Wähler vorsieht. Dies ist ein Projekt, das die Regierungspartei am Dienstagabend unerwartet dem Sejm vorgelegt hatte. Zweck? Die Präsidentschaftswahlen am 10. Mai um jeden Preis durchzuführen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dieses Gesetz in Kraft treten wird.

Gowin ist dagegen, aber er ist flexibel

Vor allem gegen die Wahlen im Mai protestieren der stellvertretende Ministerpräsident Jarosław Gowin und die Abgeordneten seiner Partei *Porozumienie (Verständigung)*. Mit Porozumienie ist sogar der Gesundheitsminister Łukasz Szumowski verbunden, der eine Zunahme der Erkrankungen im Zusammenhang mit den Wahlen ankündigt. Die Abstimmung im Sejm über Briefwahlen wird ein echter Test dafür sein, ob Gowins Opposition grundlegend oder taktisch ist. Es kann nicht ausgeschlossen

werden, dass der stellvertretende Ministerpräsident versucht, im Tausch für die Zustimmung zu den Briefwahlen im Mai etwas von PiS zu bekommen.
Laut Onet ist Gowin in letzter Zeit sehr aktiv geworden. Er aktualisierte nicht nur seine Kontakte zur Plattform, sondern kontaktierte auch lokale Regierungsbeamte, die sich gegen die Organisation von Wahlen aussprachen.
„Seine plötzliche Aktivität ist rätselhaft", sagt ein PO-Politiker, der einst Gowin nahestand, als er Minister in der Regierung von Donald Tusk war. „Er kann nur mit Kaczyński spielen, wenn er zeigt, dass er mit der Opposition spricht. Andererseits kann das Coronavirus die polnische politische Szene verändern, also könnte Gowin bereits über eine neue Machtverteilung nachdenken. Er war immer schon flexibel."

Der Senat wird es nicht eilig haben
Selbst wenn der Sejm - mit den Stimmen der PiS, der Partei von Zbigniew Ziobro und der Gruppe von Gowin - das Gesetz über die Briefwahl verabschiedet, kann das Regierungslager nicht garantieren, dass es in Kraft tritt. Das Verhalten des Senats, in dem die Opposition die Mehrheit hat, wird entscheidend sein.
In der Praxis kann der Senat dazu beitragen, dass die neuen Abstimmungsregeln vor der Wahl nicht in Kraft treten. Warum? Weil Senatoren bis zu 30 Tage Zeit haben, um zu entscheiden, was mit den Projekten geschehen soll, die vom Sejm zu ihnen kommen. Wenn die PiS am Freitag die Briefwahl beschließt, bedeutet dies, dass der Senat diese Gesetzesvorlage bis zum 3. Mai aufhalten kann. Der Sejm könnte frühestens am 4. Mai - also weniger als eine Woche vor der Wahl - die Position des Senats prüfen.
Der Haken ist, dass gemäß PiS-Entwurf die Absicht, per Brief abzustimmen, bis zum 15. Tag vor dem Wahltag, d. h. bis zum 25. April, mitgeteilt werden sollte. Natürlich kann PiS diese Bestimmung ändern, aber die Annahme von Anträgen zur Briefwahl in der letzten Woche vor der Wahl ist logistisch nicht machbar. Der Grund ist einfach: Rund 30 Millionen Menschen sind zu den Präsidentschaftswahlen wahlberechtigt.

„Ich befürchte, dass die Einführung der Briefwahl bei einer Viruspandemie eine Art Staatsstreich der PiS ist", sagt Senatssprecher Tomasz Grodzki (PO) in einem Interview mit *Onet*. „Ich habe Signale von Senatoren, dass sie Zeit brauchen werden, um alle Konsequenzen dieser Bestimmungen zu überprüfen. Wir werden uns nicht beeilen. Werden wir die gesamten 30 Tage nutzen, um dieses Projekt zu untersuchen? Ja, das ist möglich!"

PiS hat sein Ziel bereits erreicht
Natürlich musste PiS die Behinderung durch den Senat berücksichtigt haben. Warum reicht die Partei von Jarosław Kaczyński dieses Projekt immer noch ein? „Sie wollen am 10. Mai die Wahlen durchführen. Wenn sie ein Projekt zur Briefwahl einreichen, möchten sie auch zeigen, dass ihnen die Sicherheit der Wähler am Herzen liegt. Wenn wir im Senat dieses Projekt torpedieren, werden sie uns vorwerfen, die Gesundheit der Polen zu gefährden, die in dieser Situation durch einen Besuch im Wahllokal abstimmen müssen", sagt ein Mitglied der PO-Führung in einem Interview mit Onet.
In der Tat: PiS-Politiker präsentieren die Briefwahl als sicher und appellieren - wie die Sejm-Sprecherin Elżbieta Witek in einer Fernsehnachricht - an den Senat, diese Bestimmungen so bald wie möglich zu verabschieden.
Sprecher des Senats Tomasz Grodzki: „Dies ist offensichtlich Propaganda, weil die Opposition niemanden zu den Wahlen jagen wird. Im Gegenteil, wir fordern, dass die Wahlen verschoben werden. Es ist die PiS, die alles tut, um jetzt zu wählen. Meiner Meinung nach als Arzt ist dies eine Bedrohung für das Leben und die Gesundheit der Polen. Selbst wenn die Wahl auf dem Briefweg erfolgt, werden immer noch viele Menschen daran zusammenarbeiten, wenigstens die Mitglieder der Wahlkommissionen und Postboten."
Es sei daran erinnert, dass die Einführung der Briefwahl für die PiS nicht entscheidend ist. Wichtig ist, dass die PiS versucht hat, sie einzuführen. Was wirklich wichtig ist, wenn es um rechtliche Änderungen im Wahlgesetz geht, hat die PiS bereits bekommen. Es geht um die Briefwahl der über 60-Jährigen. Die Senioren sind am stärksten der schweren Form von COVID-19 ausgesetzt, die sie von der Teilnahme an den Wahlen abhalten könnte. Und es ist so, dass das Regierungslager unter den Senioren eine Menge Unterstützer hat - also möchte es ihre Stimmen per Brief erhalten. Die Briefwahl für Senioren wurde plötzlich in einer nächtlichen Abstimmung über Bestimmungen zur Unterstützung von Arbeitgebern und

Arbeitnehmern eingeführt, die von der Coronavirus-Epidemie betroffen sind. Der Präsident hat diese Bestimmung bereits gebilligt.

Opposition: Je später die Wahl, desto besser

Für alle Akteure der politischen Szene ist heute klar, welche Interessen beide Parteien haben - die Regierung und die Opposition. Das Regierungslager ist überzeugt, dass die Wahlen im Mai die einzige Chance für Andrzej Duda sind, das Präsidentenamt zu behalten. Es ist fast sicher, dass spätere Wahlen in einer Wirtschaftskrise mit steigender Arbeitslosigkeit und einer Verschlechterung der sozialen Stimmung stattfinden werden - und dafür zahlt immer die Regierung.

Aus diesem Grund hat die Opposition ein Interesse daran, später abzustimmen. Dies erhöht definitiv ihre Chancen gegen die PiS. Der bis jetzt allmächtige Kaczyński wird durch die Auswirkungen des Coronavirus systematisch geschwächt. Für die Opposition gibt es keine bessere Lösung als das Warten. Einerseits will die Opposition keine Wahlen im Mai, weil sie Angst hat, das Virus unter den Wählern zu verbreiten. Aber die PO, PSL und die Linken vergessen die Politik nicht. Erklärungen von Bürgermeistern, die der Opposition nah stehen, dass sie in der gegenwärtigen Situation keine Wahlen abhalten können, sind kein Zufall.

Neben der politischen Logik beider Seiten gibt es jedoch auch einen elementaren gesunden Menschenverstand. Umfragen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Polen die Verschiebung der Wahlen unterstützt. Heute sind die Opposition und ihr Interesse diesem sozial bestimmten gesunden Menschenverstand näher.

Aber das Nationalgefühl kann sich ändern. Wenn es Kaczyński trotz allem gelingt, die Wahlen im Mai durchzuführen und Andrzej Duda für die nächsten 5 Jahre auf den Posten des Präsidenten zu setzen, kann der politische Gewinn der PiS höher sein als die potenziellen Verluste. Es geht um mehr als drei Jahre Wahlruhe, die Kaczyński der Stabilisierung der postepidemischen Situation widmen kann, um die politische Dominanz der PiS in der politischen Szene zu verteidigen.

Zsfg.: JP

https://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/senat-moze-zablokowac-glosowanie-korespondencyjne-analiza/gp2zkbs

„Die fetten Jahre sind vorbei, es beginnen die mageren Jahre.“ Aleksander Kwasniewski darüber, wie die Welt nach dem Coronavirus aussehen wird

Quelle: tokfm.pl

Wenn die Coronavirus-Pandemie erst einmal besiegt ist, wird nicht nur Polen oder Europa, sondern die ganze Welt es mit den Auswirkungen aufnehmen müssen, wie Experten sagen. Der ehemalige Präsident Aleksander Kwasniewski bejahte die Frage, ob es möglich sei, alles so wieder aufzubauen, wie es vor der Epidemie war. „Ich bin kein so radikaler Verfechter der These, dass sich alles ändern wird und dass diese Welt nie mehr dieselbe sein wird. Sie wird weitgehend ähnlich sein“, sagte er.

Nach Ansicht des ehemaligen Präsidenten ist es jedoch sicher, dass „auf die Welt eine Rezession wartet“. „Man spricht von einer Rezession in den Vereinigten Staaten zwischen 10 und 20 Prozent, einer Rezession in der Europäischen Union von um die 10 Prozent, einer starken Verlangsamung der chinesischen Wirtschaft. All dies bedeutet, dass wir in diese rezessive Wirtschaftslage eintreten. Die fetten Jahre sind vorbei, die mageren Jahre beginnen“, sagte der Gesprächspartner von Mikołaj Lizut.

Der ehemalige Präsident wies außerdem darauf hin, welche Auswirkungen das Coronavirus auf die Politik und Politiker haben wird. Er prophezeite, dass der Streit zwischen Globalisten und Anti-Globalisten zurückkehren würde. „Viele Politiker, wie Trump, Orban oder Kaczyński, werden sagen, dass all diese globalen Formen zeigen, welchem Risiko wir ausgesetzt sind, also müssen wir unsere Nationalstaaten stärken und die internationalen Verbindungen schwächen. Andere werden genau das Gegenteil sagen, dass die einzige Chance eine globale Zusammenarbeit ist, um Probleme wie eine Pandemie oder den Klimawandel zu bekämpfen“, erklärte der Gast von Radio TOK FM.

Er wies außerdem auf ein weiteres wichtiges Risiko hin, nämlich den Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit. Schon jetzt werden einige unserer Freiheiten durch den Kampf gegen die Epidemie und den Versuch, die Zahl der Fälle zu reduzieren, erheblich eingeschränkt. Nach Ansicht des ehemaligen Präsidenten besteht die „kolossale Gefahr“, dass sich diese Stimmung der verstärkten Kontrolle der Bürger durch die Regierungen fortsetzt.

Mikołaj Lizut, der Gastgeber der Sendung, fragte sich, ob angesichts der Anhäufung von wirtschaftlichen Problemen und Arbeitslosigkeit eine Radikalisierung der Gesellschaft und bestimmter revolutionärer Bewegungen zu erwarten sei. „Es wird starke soziale Konflikte geben, daran gibt es keinen Zweifel“, sagte Aleksander Kwaśniewski. Und obwohl er erwähnte, dass solche Bewegungen bereits vor der Pandemie stattgefunden haben (z.B. die Gelbwesten in Frankreich), fügte er hinzu, dass sich diese Unruhen nun möglicherweise noch verstärken werden. „Meiner Meinung nach besteht die Gefahr zunehmender sozialer Spannungen und die Gefahr der Vertiefung der bereits bestehenden sozialen Unterschiede“, schätzte der ehemalige Präsident ein.

Redakteur Lizut fragte seinen Gast auch nach den neuesten Ideen der Abgeordneten der PiS. Deren Fraktion brachte am Dienstag einen Gesetzentwurf ein, nach dem nicht nur unter Quarantäne gestellte oder über 65 Jahre alte Menschen, sondern alle Wählerinnen und Wähler das Recht haben sollen, per Briefwahl abzustimmen. Kwaśniewski ist der Meinung, dass es unmöglich ist, am 10. Mai Präsidentschaftswahlen durchzuführen. „Aufgrund der Tatsache, dass die Zahlen im Zusammenhang mit der Epidemie immer schrecklicher werden und dazu beitragen werden, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen und diese Wahlen zu verschieben“, schloss er. „Einmal davon abgesehen, dass diese Wahl ohne jeden Wahlkampf, ohne Treffen zwischen Kandidaten und Wählern, eine Farce ist. Dies ist keine normale Demokratie, sondern etwas, das vermieden werden sollte und für das es Instrumente gibt, wie die Erklärung des Ausnahmezustands“, sagte der ehemalige Präsident.

Er räumte allerdings ein, dass der Vorsitzende der PiS „mit großer Entschlossenheit, ungeachtet der möglichen gesundheitlichen und epidemiologischen Folgen“ die Wahlen im Mai anstrebt. Warum? Nach Ansicht des ehemaligen Präsidenten ist dies auf ein politisches Kalkül zurückzuführen, das Kaczyński sagt, dass Andrzej Duda zwar im Mai noch eine Chance hat, die Wahlen zu gewinnen, aber im Herbst kann das „vielleicht anders“ sein. „Aber einen solchen politischen Zynismus kann ich absolut nicht gutheißen“, sagte Kwaśniewski.

Zsfg.: AV

https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103087,25836553,lata-tluste-sie-skonczyly-zaczynaja-sie-lata-chude-aleksander.html

ZITAT DER WOCHE

Quelle: gazetaprawna.pl

„Ich habe mich an den Hass gewöhnt, auch an die Drohungen, obwohl ich Letzteres ehrlich nicht mag. Daher werde ich mich hier klar auf die Worte des stellvertretenden Sprechers des Sejms beziehen, der sagte, dass Kommunalpolitiker - wie ich - „mit dem Verlust ihrer Positionen rechnen“ müssen. Sehr geehrter Herr, Sie verstehen das vielleicht nicht, aber es gibt wichtigere Dinge im Leben als „Positionen“. Bürgermeister wird man, Mensch ist man. Nicht Sie gaben mir die „Position“ und nicht Sie werden sie mir wegnehmen.“

Krzysztof Klęczar – Bürgermeister von Kęty

Quelle: https://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/6472772,terlecki-wybory-koronawirus-kety-kleczar.html?fbclid=IwAR1f7T3CSe0nLZ8bnkrHTNv-0I3wbHC_bQIzHrvi40SMPunnTc49xjr9LDs

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

zeit.de

Ungarn, Polen und Tschechien haben gegen EU-Recht verstoßen
https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/eugh-ungarn-polen-und-tschechien-haben-gegen-eu-recht-verstossen?fbclid=IwAR2pFn9-qUdLKJJSCg4KVI-8wKOlGV3DBScw0utkGcGt-amZ2_p599m4MU4

---

faz.net

Jetzt kommen neue Zeiten! Von Olga Tokarczuk
https://zeitung.faz.net/faz/feuilleton/2020-03-31/f6cdac5e0cd0d734b0d616301a0514cd/?GEPC=s5

---

spiegel.de

Rechtsnationale PiS setzt für den Sieg auf Briefwahl
https://www.spiegel.de/politik/ausland/rechtsnationale-pis-setzt-fuer-den-sieg-auf-briefwahl-a-c40a1eba-ac96-40e2-a6f3-9db3ec33d5de

---

suedeutsche.de

"Ein weiterer Ziegelstein beim Aufbau einer Diktatur"
https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-verfassung-praesidentschaftswahl-1.4861159?fbclid=IwAR3cLwBYCiRCniKVgq7RsiVMXYQutNm2CB3LS2VoRJ6XTi70Zi4_axYbo6s

---

zeit.de

Der Wahl-Kampf
https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/praesidentschaftswahl-polen-pis-coronavirus-pandemie

DEKODER auf Deutsch
https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas
https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Małgorzata Burek | Jerzy Paetzold

Christel Storch-Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus